



Professoren-Protest, Schüler-Protest gegen Numerus clausus\*: „Der Laden Universität hat begrenzte Öffnungszeiten“

## „DIE ALMA MATER – EINE GESCHLOSSENE ANSTALT“

SPIEGEL-Untersuchung über den Numerus clausus

In den Schulen der Bundesrepublik fehlen 150 000 Lehrer. Der Karlsruher Futurologe Professor Karl Steinbuch prophezeit eine neue „Bildungskatastrophe, deren ökonomische und soziale Folgen heute noch gar nicht auszuloten sind“.

In den Krankenhäusern der Bundesrepublik fehlen 4000 Ärzte. Für die nahe Zukunft sagt der Ulmer Medizin-Dozent Siegfried Häussler ein weiteres „Absinken an ärztlicher Betreuung“ voraus.

In den Forschungsinstituten der Bundesrepublik fehlen Forscher. Als Experten der internationalen „Organization for Economic Cooperation and Development“ (OECD) vor zwei Jahren das Forschungspotential der westlichen Industrie-Nationen testeten, urteilten sie lapidar: „Es gibt kein Gebiet der Wissenschaft mehr, in dem Deutschland als führend bezeichnet werden könnte.“

Der Fehlbestand an qualifizierten Hochschulabsolventen — an Ärzten ebenso wie an Forschern und Pädagogen — drängt Sachverständige wie Bildungspolitiker zu düsteren Prognosen. Carl-Heinz Evers, bis vor kurzem Schulsenator in Berlin, fürchtet ein politisches Fiasko, denn „ohne eine optimale Ausbildung für alle — sie ist infolge des Lehrermangels nicht möglich — und ohne ein enormes Potential an hochqualifizierten Arbeitskräften kann ein hochindustrialisiertes demokratisches Gemeinwesen nicht funktionieren“.

In der Tat ist die gesellschaftliche Zukunft der Bundesrepublik so eng mit ihrem Bildungssystem verknüpft, daß sich an Schulen und Hochschulen schon heute mitentscheidet, welchen Kurs — politisch und ökonomisch — die Bundesrepublik in den nächsten Dezennien steuert.

Längst haben Bildungsforscher und Bildungspolitiker erkannt, daß in Westdeutschland viele Schüler zu kurzfristig ausgebildet werden und daß die Zahl der Studenten bei weitem nicht hinreicht, um den wachsenden Bedarf an Hochschulabsolventen zu decken. Deshalb rieten sie schon vor Jahren bildungsbeflissenen Eltern: „Schickt Euer Kind länger auf bessere Schulen.“ Das Ziel der Werbekampagne: mehr Schüler, mehr Abiturienten, mehr Akademiker.

Je mehr Schüler aber die Gymnasien bevölkerten und je mehr Abiturienten an die Hochschulen drängten — die Zahl der Abiturienten wuchs in den letzten zehn Jahren um mehr als 50 Prozent —, desto größer wurde auch der Bedarf an Studienplätzen. 1960 zählten die Wissenschaftlichen und Pädagogischen Hochschulen 216 000 Studenten, heute sind es schon 360 000.

Und noch ist kein Ende des Bildungs-Booms abzusehen. Für 1980 prognostiziert der deutsche Wissenschaftsrat 550 000 Abiturienten im Jahr und eine Million Studenten — genug, um den Bedarf an Hochschulabsolventen zu decken; zuviel, gemessen an den knappen Kapazitäten der bundesdeutschen Universitäten.

Den Hohen Schulen, denen 1980 eine Million Studenten ins Haus stehen, sind 1970 schon 360 000 Studenten zuviel. Von Semester zu Semester werden neue Zulassungsbeschränkungen erlassen. Allein für das Sommersemester 1970, das in der letzten Woche begann, zählte die Zentrale Registrierstelle für die Zulassung zum Studium der Medizin (ZRM) in einer ersten Übersichtsrechnung

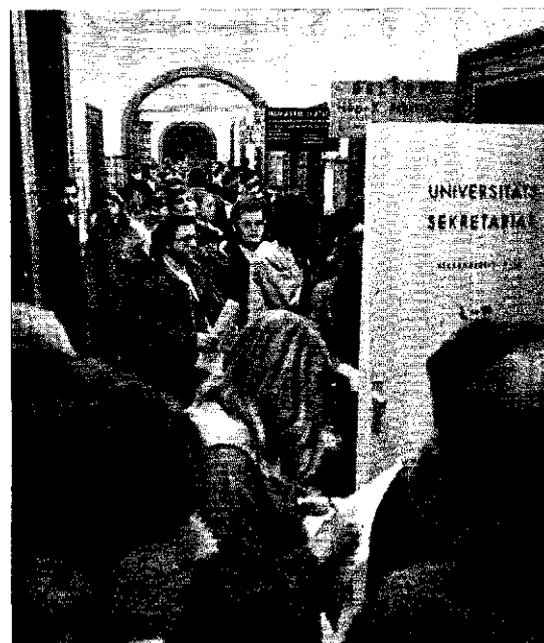
▷ 6374 Bewerber für das Fach Humanmedizin — 4413 von ihnen wurden abgewiesen;

\* In Hamburg (l.) und Wiesbaden (r.).

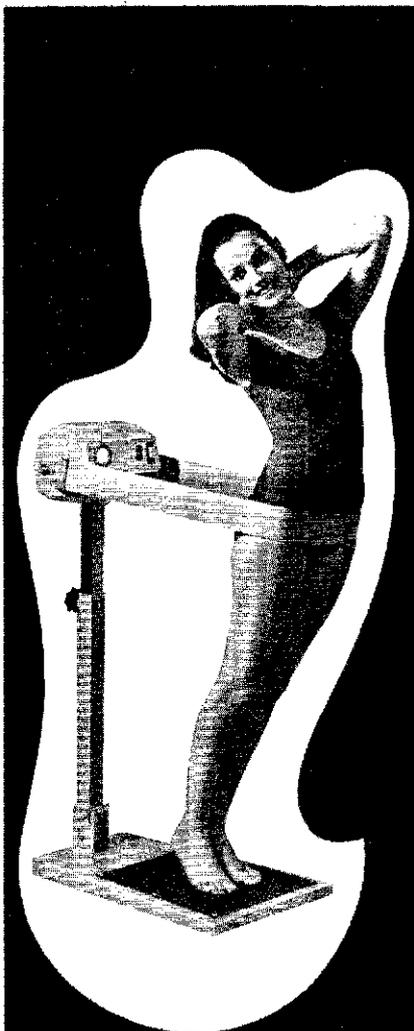
- ▷ 2236 Bewerber für das Fach Zahnmedizin — 1723 mußten auf das Studium verzichten;
- ▷ 173 Bewerber für das Studium der Tiermedizin — für 51 waren keine Studienplätze vorhanden.

Zulassungsbeschränkungen, so ergab eine Umfrage der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) zum Beginn dieses Semesters, herrschen heute an fast allen bundesdeutschen Universitäten. Lediglich die meisten Pädagogischen Hochschulen verzichteten vorläufig noch auf einen Aufnahme-Stopp.

In den drei Sparten der Medizin kann heute schon keine Universität



Studenten bei der Immatrikulation „Bildungspassierscheine in Sicht“



... und wie fühlen Sie sich?

Kondition ist alles. Wer eine gute Figur macht, fühlt sich jung und fit. Sie sollten einen MASPO Superstar haben. Je früher desto besser. Es ist erstaunlich, was er leistet.

**MASPO Superstar**

Elegante Form, leistungsfähiger Spezialmotor für zwei Vibrationsstärken. Massagedauer nach automatischer Zeituhr. Drucktasten. Kontroll-Leuchten. Stufenlose Höheneinstellung. Hochklappbare Standplatte. Kugelgelagerter Exzenter.

Im Fachhandel erhältlich.

**MASPO**

MASPO GmbH, Massage-Apparate  
6078 Neu-Isenburg  
Postfach 168 · Frankfurter Straße 231  
Telefon 06102/7091-92

mehr auf Studienbeschränkungen verzichten. Schon gilt der Numerus clausus\* auch an mehr als der Hälfte aller wissenschaftlichen Hochschulen, an denen Biologen, Chemiker, Psychologen, Pharmazeuten und Architekten ausgebildet werden.

Für alle anderen Disziplinen bleibt der Numerus clausus derzeit noch auf einige Universitäten beschränkt. Nur geisteswissenschaftliche Mini-Fächer — wie Orientalistik, Byzantinistik und Philosophie —, einige technische Spezialwissenschaften — etwa Informatik, Verfahrenstechnik und Kerntechnik — sowie die landwirtschaftlichen und theologischen Fakultäten haben noch keine Zulassungsbeschränkungen erlassen.

Fast jeder Abiturient muß heute seine Zulassungschancen sorgsam abwägen. Er muß, manchmal unter finanziellen Opfern, zum Studium in andere Bundesländer ausweichen, weil da, wo ihm das Zeugnis der Hochschulreife verliehen wurde, nicht zugleich auch ein Studienplatz für ihn bereitsteht.

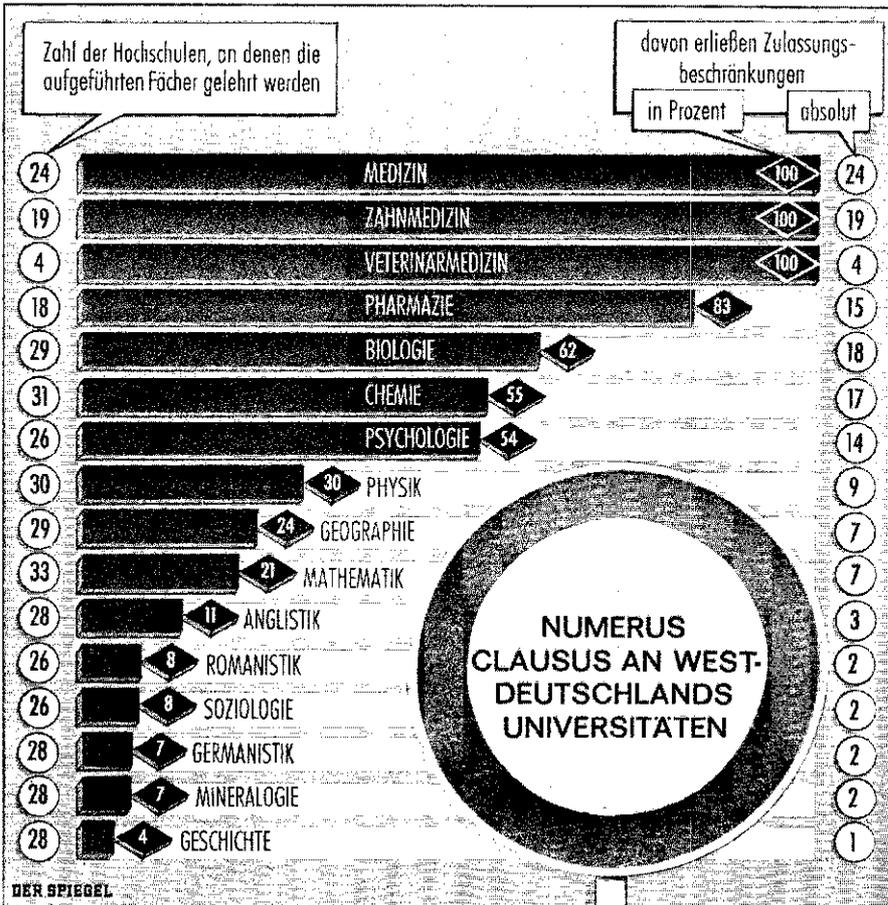
Wie lange diese Bildungswanderung zwischen den deutschen Provinzen freilich noch möglich ist, steht dahin. Der bayrische Kultusminister Ludwig Huber will dekretieren, daß an den weißblauen Universitäten Landeskin- der künftig bevorzugt zugelassen werden — zum Nachteil der Studienbewerber aus anderen Ländern. „Die-

\* Lat.: Geschlossene Zahl; Zulassungsbeschränkung für das Hochschulstudium.

ser Beschluß“, so vermutet der Präsident der Kultusminister-Konferenz (KMK), der rheinland-pfälzische Kultusminister Bernhard Vogel, „würde auch für die anderen Länder Konsequenzen haben. Es ist ein gefährlicher Vorschlag, der dem deutschen Föderalismus weiteren Schaden zufügen kann.“ Mithin zeichnet sich bereits ab, daß die Zulassung zum Studium künftig auch geographisch begrenzt wird.

„Wozu haben uns unsere Eltern überhaupt auf die Gymnasien geschickt, wenn wir nun an den Universitäten unerwünscht sind“, fragten hessische Abiturienten den Wiesbadener Kultusminister Ludwig von Friedeburg während eines Schülerstreiks. Wie in Hessen demonstrierten auch in anderen Bundesländern schon in den ersten Monaten dieses Jahres Tausende von Schülern aus Protest gegen den Numerus clausus. In der letzten Woche traten in mehr als dreißig Städten Baden-Württembergs die Gymnasiasten in den Streik. Und der Vorsitzende der Bundes-Assistenten-Konferenz (BAK), Dr. Tilman Westphalen, prophezeit, „daß im Quadrat zur Zahl der abgewiesenen Studenten auch die Unruhe in der Elternschaft wächst“.

Für den kulturpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Berthold Martin, ist der Numerus clausus ein Phänomen, vergleichbar „der Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik“ mit all ihren politischen und sozialen Folgen. Das heißt, der Mangel könnte gesellschaftspolitische Explo-



sionen bewirken, deren Folgen noch nicht absehbar sind.

Juristen bewerten den Zulassungsstopp als eine kaum vertretbare Einschränkung des in Artikel 12 Absatz 1 des Grundgesetzes garantierten Rechts auf Bildung\*, denn bei dem derzeitigen „Angebot an Ausbildungsplätzen“, urteilte das Frankfurter Verwaltungsgericht, könne „nur ein kleiner Bruchteil der Studienbewerber ausgebildet werden“. Abgewiesene Studienbewerber hatten das Gericht angerufen. Eine einstweilige Anordnung verschaffte ihnen vorläufig einen Studienplatz an der Universität.

Daß die „Schere zwischen dem Angebot an Studienplätzen und Studierwilligen“ (Vogel) schon so weit auseinanderklafft, bevor noch die Abiturientenwelle der späten siebziger Jahre auf die Hochschulen einströmt, müßte nach Meinung von Erich Frister, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), den Politikern signalisieren,

Der Streit um die Versäumnisse von gestern könnte sich als nützlich erweisen, wenn die Beteiligten aus der Fehlentwicklung der Vergangenheit gleichsam im Umkehrschluß Modelle für eine effektive Hochschulplanung ableiten würden. Ohne diese Dimension aber bleibt es ein akademischer Streit, zeitraubend und folgenlos wie so manches Gelehrten-Geplänkel in der Geschichte der Alma mater.

Vorerst hat „der Laden Universität nur noch begrenzte Öffnungszeiten“, spotteten Kölner Studentenfunktionäre im vergangenen Jahr: „Bildungspassierscheine — hier vorläufig Immatrikulation genannt — sind in Sicht.“

Als in der letzten Woche das neue Semester an den bundesdeutschen Universitäten begann, wurden 60 Medizinstudenten der Marburger Philipps-Universität die „begrenzten Öffnungszeiten“ schriftlich bescheinigt. Da die Medizinische Fakultät ihnen einen

Studienplatz für sich aufspürt oder nicht.

Ein Abiturient, der etwa Elektrotechnik studieren möchte, kann seine Bewerbungsunterlagen an alle Hochschulen schicken, an denen das Fach seiner Wahl gelehrt wird. Selbst wenn fünf Hochschulen ihn zulassen, wird er sich doch nur an einer immatrikulieren; und in der Regel versäumt er es, seine Absagebriefe an die anderen Hochschulen rechtzeitig abzuschicken.

„Auf diese Weise“, so urteilt der Rektor der Technischen Universität Hannover, Professor Eduard Pestel, „sind im vergangenen Semester allein in der Elektrotechnik über 400 Studienplätze unbesetzt geblieben“, obwohl zuvor, so Pestel, „jeder zweite Studienbewerber bei seinem Versuch, sich an einer Technischen Universität der Bundesrepublik immatrikulieren zu lassen, abschlägig beschieden wurde, weil angeblich nicht genügend Studienplätze vorhanden waren“.



Numerus-clausus-Fächer Psychologie, Architektur: „Ganz schrecklich und furchtbar“

„endlich mehr Moneten für die Bildung bereitzustellen“. Bislang freilich deutet sich solcher Wandel nicht an — es sei denn rhetorisch. Vorerst wogt noch der Streit, wer die Mangelkrankheit der deutschen Hochschulen wohl verschuldet habe.

Für den Rektor der Frankfurter Universität, Professor Walter Rüegg, ist der Numerus clausus eine „Notmaßnahme, die den Hochschulen aufgezwungen“ wurde, „weil der Staat nicht in der Lage war, den notwendigen Ausbau der Universitäten seit 1960 vorzunehmen“.

Studenten hingegen suchen die Schuld auch bei den Universitäten, die ihre finanziellen Forderungen „auf das Minimum und darunter geschraubt“ hätten, „statt öffentlichkeitswirksam festzustellen, daß Bildung im doppelten Sinne teuer ist“ — so der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Mainz.

\* Artikel 12 Grundgesetz: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen . . .“

Arbeitsplatz nur bis zur ärztlichen Vorprüfung (Physikum) garantieren kann, wurden sie „auf Zeit“ immatrikuliert.

Nach diesem Examen müssen die angehenden Mediziner die Universität wieder verlassen. Ob und wo sie ihr Studium fortsetzen können, ist ungewiß, denn gerade in den medizinischen Fächern sind die Ausbildungskapazitäten so knapp bemessen wie in keiner anderen Universitätsdisziplin.

Aus welchen Motiven und mit welchen Begründungen neue Zulassungsbeschränkungen in der Medizin oder in anderen Fächern auch immer erlassen werden — jedes neue Dekret macht das Labyrinth des Numerus clausus noch verworrener. Nur in den drei medizinischen Fächern werden die Studienbewerber bislang von einer zentralen Registrierstelle erfaßt und in jene Fakultäten gelenkt, an denen noch Studienkapazitäten frei sind. In allen anderen Disziplinen bleibt es allein dem Geschick des einzelnen Abiturienten überlassen, ob er einen

Das Beispiel der Elektrotechnik erhellte, daß sich der Numerus clausus in vielen Fächern auf ein reines Planungsproblem reduziert, „das die Deutschen bei ihrer sprichwörtlichen Tüchtigkeit“, wie der Generalsekretär der KMK, Kurt Frey, vermutet, „eigentlich im Handumdrehen lösen könnten“.

Der Lösungsweg ist denkbar einfach: Wenn für alle Fächer — wie für die Medizin — zentrale Zulassungsstellen eingerichtet würden, wäre es möglich, jeden freien Studienplatz auszunutzen und weit mehr Studenten zum Studium zuzulassen als bisher.

Zentrale Registrierstellen werden aber nach einem Beschluß der Kultusministerkonferenz erst eingerichtet, wenn in einzelnen Fächern — wie jetzt in der Pharmazie, der Psychologie und der Architektur — mehr als die Hälfte aller Universitäten Zulassungsbeschränkungen melden. Das heißt, zu exakten Erhebungen über Angebot und Nachfrage auf dem Markt der Studienplätze finden sich die Kultusminister erst dann bereit,

## Diese Hemden sind aus den großen Trusha-Kollektionen der Firmen Turf und Einhorn.

### Sie finden sie in folgenden Geschäften:

Berlin-Steglitz, Peek & Cloppenburg,  
Schloßstr.  
Berlin-Taubentzien, Peek & Cloppenburg,  
Taubentzienstr.  
Biberach, Modehaus Haux, Am Marktplatz  
Braunschweig, Erdmann-Kleidung,  
Waisenhausdamm  
Bremen-Innenstadt, Peek & Cloppenburg,  
Obernstr.  
Düsseldorf, Peek & Cloppenburg,  
Schadowstr.  
Erlangen, Rudolf Woehrl, Hauptstr.  
Essen, Peek & Cloppenburg, Kettwiger Str.  
Frankfurt, Ammerschläger KG, Zeil  
Frankfurt, Peek & Cloppenburg, Zeil  
Freiburg, Bekleidungshaus Hettlage  
München, Salzstr.  
Göppingen, Modehaus Haux,  
Am Marktplatz  
Hamburg, Peek & Cloppenburg,  
Einkaufszentrum Hamburger Str.  
Hbg.-Altona, Peek & Cloppenburg,  
Einkaufszentrum Neu-Altona  
Hbg.-Eimsbüttel, Peek & Cloppenburg  
Hbg.-Harburg, Peek & Cloppenburg  
Hbg.-Innenstadt, Peek & Cloppenburg,  
Mönckebergstr.  
Hbg.-Osdorf, Peek & Cloppenburg,  
Elbe-Einkaufszentrum  
Hannover, Erdmann-Kleidung,  
Große Packhofstr.  
Heidelberg, Bekleidungshaus Hettlage,  
Rohrbacher Str.  
Karlsruhe, Modehaus Vetter, Kaiserstr.  
Köln, Dyckhoff, Schildergasse  
Köln, Hansen, Hohe Str.  
Köln, Hettlage, Schildergasse  
Mannheim, Peek & Cloppenburg,  
Mannheim 03  
München, Bekleidungshaus Hettlage,  
Neuhauser Str.  
Nürnberg, Rudolf Woehrl, Ludwigstr.  
Peine, Erdmann-Kleidung, Röpfern  
Recklinghausen, Peek & Cloppenburg,  
Breite Str.  
Regensburg, Rudolf Woehrl, Königsstr.  
Remscheid, Fritzsche, Alleestr.  
Reutlingen, Modehaus Haux,  
Am Marktplatz  
Roth b. Nürnberg, Rudolf Woehrl,  
Hauptstr.  
Saarbrücken, Bekleidungshaus Hettlage,  
Bahnhofstr.  
Schweinfurt, Kilian Woehrl, Am Roßmarkt  
Siegen, Bekleidungshaus Hettlage,  
Kölner Str.  
Trier, Bekleidungshaus Hettlage, Grabenstr.  
Ulm, Bekleidungshaus Hettlage, Hirschstr.  
Würzburg, Rudolf Woehrl, Eichhornstr.  
Wuppertal-E., Fritzsche, Wall

wenn der Mangel schon überhandnimmt.

Die „Planungssphobie vergangener Jahrzehnte“, die der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Professor Hans Leussink, heute für den Numerus clausus verantwortlich macht, rettet sich so in die siebziger Jahre und bewirkt zugleich, daß der Zulassungsstopp auch für die Zukunft konserviert wird.

Die Fehlentwicklungen im Bildungswesen gründen auf einer Maxime zwanzigjähriger bundesdeutscher Nachkriegspolitik, nach der das freie Spiel der Kräfte — ohne jeden Planungseingriff — scheinbar naturgegeben alles zum besten lenke. Der Grundsatz galt nicht allein für die Hochschulen. Er geriet in der Bundesrepublik zum Leitmotiv politischen Handelns und garantierte allenthalben Mißerfolg — in der Bildungspolitik ebenso wie in der Raumplanung oder beim Städtebau.

Nirgendwo aber kündigten sich die Folgen mangelnder Planung so rechtzeitig und so deutlich an wie gerade an den Universitäten. Es gibt kein Kapitel in den Nachkriegs-Annalen der deutschen Alma mater, in denen die Historiographen einen Bericht über den Numerus clausus aussparen könnten. Die Zulassungsbeschränkungen überdauerten die Dürrejahre der Nachkriegszeit ebenso gut wie die satten sechziger Jahre.

Mehr noch: Das Grundrecht auf freie Wahl des Ausbildungsplatzes schien schon den Vätern des Grundgesetzes nicht realisierbar. „Für die absehbare Zukunft“, mutmaßte im Januar 1949 der SPD-Abgeordnete Dr. Otto Heinrich Greve im Parlamentarischen Rat, werde sich „eine bestimmte Einschränkung des Studiums in gewissen Disziplinen“ nicht vermeiden lassen. Schon in der Geburtsstunde der Bundesrepublik begriffen die Politiker den Numerus clausus als „befristete Notmaßnahme“.

Zulassungsbeschränkungen, die an den kaum wiederaufgebauten Hochschulen in der Trümmerlandschaft der frühen Nachkriegsjahre noch gerechtfertigt schienen, konnten zu Beginn der Sechziger aber kaum noch als vorübergehender Notbehelf gelten. Hartnäckig mahnte der 1957 von Bund und Ländern begründete Wissenschaftsrat die Politiker, daß „mit den bereitgestellten Mitteln die notwendigen, dauernden Aufgaben in Forschung und Lehre nicht wahrgenommen werden“ könnten. Dennoch erhöhten die Finanzminister die Hochschuletats nur mäßig.

Im letzten Jahrzehnt investierten Bund und Länder 8,7 Milliarden in den Ausbau und Neubau der wissenschaftlichen Hochschulen — nicht einmal halb soviel, wie die Bundesregierung allein im vergangenen Jahr für ihren Militärhaushalt veranschlagte.

Länder und Gemeinden erhöhten den Anteil der Wissenschaftsausgaben an ihren Gesamtetats von 1967 bis 1969 um 0,2 Prozent. Während immer neue Fachbereiche der Universitäten Zulassungsbeschränkungen meldeten,



Bundes-Bildungsminister Leussink  
Statt Zielprojektionen...

sank der Mini-Anteil der Wissenschaftsausgaben am Bruttosozialprodukt im gleichen Zeitraum von 1,32 Prozent auf 1,26 Prozent.

Auch das Versprechen der sozial-liberalen Koalition, die Bildungspolitik künftig an die „Spitze der Reformen“ zu stellen, brachte bislang noch keine Zäsur. Für „Schnellbaumaßnahmen zur raschen Überwindung des Numerus clausus“ sieht der Bundeshaushalt für das Jahr 1970 nur 100 Millionen Mark vor. Eine einzige neue Universität für 18 000 Studenten kostet zwei Milliarden.

Die Haushaltspolitiker, die zu Zeiten der Rezession mit Bildungsinvestitionen haushielten, weil ihnen das Steueraufkommen nicht ausreichend erschien, begründen ihre Sparsamkeit nun, in den Monaten der aufbrandenden Konjunktur, mit der Notwendigkeit einer antizyklischen Finanzpolitik.

Ob Fülle oder Flaute in den Staatskassen herrschte — die Bildungsausgaben haben die Talsohle noch niemals verlassen. Erst „in den kommenden Jahren“, vertröstet der Bundeskanzler die ewig Zukurzgekommenen heute, werde die Regierung der inneren Reformen auch „der einmal gesetzten Priorität der Bildungs- und



Landes-Kultusminister Vogel  
... wieder nur Flickwerk?

Wissenschaftspolitik eine entsprechende Finanzplanung folgen“ lassen.

Solange Bildungsprioritäten nur rhetorisch gesetzt, finanzpolitische Entscheidungen aber verschoben werden, wird der Numerus clausus — laut Bundesminister Leussink das „augenfälligste und blamabelste“ Problem der bundesdeutschen Hochschulmisere — sich nicht beseitigen lassen.

„Die Zulassungsbeschränkungen“, so urteilt der CDU-Kulturpolitiker Berthold Martin heute, „fressen sich von einer Disziplin zur anderen durch.“ Bewerber für das Medizinstudium etwa, die im Fach ihrer Wahl nicht zugelassen werden, weichen vorerst auf benachbarte Naturwissenschaften aus und versuchen nach einigen Semestern erneut, zum Medizinstudium zugelassen zu werden. Die Folge: Auch in Fächern wie Pharmazie, Biologie und Chemie schwinden nach und nach alle freien Kapazitäten. Abiturienten, die in den technischen Disziplinen keinen Studienplatz finden, belegen Vorlesungen und Seminare an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten oder in den Fachbereichen der Geisteswissenschaft und versperren so Interessenten für diese Fächer den Zugang zur Universität.

Mit so unverkennbarer Gesetzmäßigkeit breitet sich der Numerus clausus an den Universitäten aus, daß es tatsächlich nur noch als eine Frage der Zeit erscheint, bis die freie Wahl des Studienplatzes auch in den entlegensten Gebieten der bundesdeutschen Hochschullandschaft zur Illusion geworden ist.

Daß in naher Zukunft „ein genereller Numerus clausus für das Hochschulstudium eingeführt werden muß“, mögen Kenner der Hochschulszenarie, wie der Vizepräsident der Hamburger Universität, Professor Hansjörg Sinn, nicht mehr ausschließen. Auch in jenen Fachbereichen und an Hochschulen, an denen der Numerus clausus bislang noch nicht gilt, deuten sich in überfüllten Laboren, in Vorlesungssälen und Seminaren schon neue Zulassungsbeschränkungen an. „Nach und nach“, so klagt der BAK-Vorsitzende Tilman Westphalen, „wird die Universität zur geschlossenen Anstalt.“

Die Münchner Ludwig-Maximilians-Universität ließ im vergangenen Semester in ihrem Informationsdienst mitteilen, daß „weitere Zulassungsbeschränkungen kaum vermeidbar“ seien. Der Grund: „Abgewiesene Studienbewerber von anderen Hochschulen“ drängen an die „noch ‚freien‘ Fachrichtungen“ der Universität.

Von der Pädagogischen Hochschule Köln meldet der Allgemeine Studentenausschuß (Asta) schon den „totalen Zusammenbruch“ des Studiums „in den Grundwissenschaften und in den Fächern Deutsch, Mathematik und Geschichte“. In Karlsruhe herrschen — so der Asta — „unzumutbare Verhältnisse am Rechenzentrum der Universität“. Es sei vorauszusehen, daß „in naher Zukunft der Rechenbetrieb für Forschung und Lehre zusammenbrechen muß“.

\* Oben: Hamburg; unten: München.



Zoologie-Studenten im Labor\*: „Unzumutbare Verhältnisse“

Über „untragbare Raumnot“ klagt Professor Karl Seebach, der Vorstand der Pädagogischen Hochschule München. Seebach: „In Kellern, wo normalerweise Kartoffeln und Kohlen gelagert werden, müssen unsere Studenten arbeiten.“

Nicht überall läßt sich die Überfüllung der Universitäten so exakt belegen wie in jenen Hochschulabteilungen, wo selbst die Stehplätze nicht mehr hinreichen, um den Studierwilligen Raum zu gewähren; wo Laborplätze und Arbeitsstunden am Computer die Studentenzahl begrenzen.

In anderen Fällen werden Kapazitätsberechnungen zu einer Gleichung mit allzu vielen Unbekannten. Denn bislang gibt es noch in keinem Fach

unumstrittene Meßwerte für den optimalen Lehr- und Lernerfolg. Niemand weiß genau zu sagen, wie viele Studenten in einem Institut bestenfalls ausgebildet werden können.

Bevor Kapazitätsgrenzen exakt errechnet werden, müßte erst einmal feststehen, wieviel Unterrichtsstunden den Dozenten im Semester zuzumuten sind, wieviel Zeit der Student für häusliche Arbeiten braucht und wieviel Stunden er für den Besuch von Vorlesungen und Seminaren veranschlagen muß.

Solange die Hochschulen ihren Lehrbetrieb nicht rationalisieren, solange sie auf effektive Team-Arbeit in kleinen Gruppen ebenso verzichten wie auf den Einsatz von Sprachlabors und Lernmaschinen, bleiben alle Kapazitätsberechnungen ohnehin Makulatur. Berechnungsmodelle, die sich an überholten Lehrmethoden und traditionellen Studienplänen orientieren, können kaum für die Hochschulen von morgen verbindlich sein.

Leistungsfähigkeit und Lehrkapazität ihrer Institute bestimmen die meisten Ordinarien heute noch nach willkürlichen Normen, die von Universität zu Universität und von Fakultät zu Fakultät variieren. Kapazitätsberechnungsmodelle, die das Hochschul-Informationssystem (HIS) in Hannover derzeit im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft entwickelt, werden den Universitäten erst in einigen Semestern zur Verfügung stehen.

Selbst wenn diese Modelle sich als praktikabel erweisen, bleibt fraglich, ob sie von den Hochschulen auch ak-



PH-Studenten im Keller\*: „Untragbare Raumnot“

**executive**  
die neue  
top-herrenserie

**executive**  
die souverän  
männliche note  
herb und trocken  
lang anhaltend

**executive**

men's cologne · pre electric shave  
after shave · after shave emulsion  
shaving cream · shaving foam  
deo spray · bath foam · hair lotion

**executive**  
by ATKINSONS



imported by:  
J. & E. Atkinson GmbH, Hamburg, Kippingstraße 6

zeptiert werden, denn viele Professoren, so berichtet das Verbandsblatt der Bundes-Assistenten-Konferenz, „BAK-Info“, gäben „der Forschung entschieden den Vorrang vor der Lehre“. Und — so formulieren die Assistenten die Professoren-Maxime — „man kann nur dann ungestört forschen, wenn man sich wenig mit Studenten befassen muß“.

An der Ruhr-Universität Bochum fand die BAK einen Beleg für diese Behauptung. Dort wurden im vergangenen Semester, laut „BAK-Info“, in der Abteilung Elektrotechnik „nur etwa 120 von ca. 230 Studierenden zugelassen, obwohl das zuständige Ministerium dem Antrag der Abteilung auf Einführung einer Zulassungsbeschränkung nicht stattgegeben hatte“. Die Professoren hatten Zulassungsbeschränkungen dekretiert, ohne zuvor eine Kapazitätserhebung vorzunehmen.

Daß vielen Professoren die Studentenunterweisung zur Last geworden ist, erhellt auch ein Professoren-Monitum, das jüngst der Münchner Anglistik-Professor Wolfgang Clemen abgab. „Nur ungefähr die Hälfte der Studenten“ an den Philosophischen Fakultäten, meinte der Gelehrte, „ist nach weitgehend übereinstimmendem Urteil der Dozenten für ein wissenschaftliches Studium wirklich geeignet“.

In den sprachwissenschaftlichen Fächern, so Clemen, werden etwa zwei Drittel der Zeit für „Sprachkurse mit teilweise elementarem Inhalt (Diktat, Aussprache) beansprucht, so daß der akademische Unterricht in einem weiten Bereich den Charakter einer gymnasialen Oberstufe angenommen hat“.

Auch in den naturwissenschaftlichen Fächern vermitteln die Gymnasien den künftigen Studenten längst nicht das nötige Rüstzeug für ein erfolgreiches Studium. Ein Eingangstest, dem sich an der Bochumer Ruhr-Universität die Studienanfänger der technischen Disziplinen unterwerfen mußten, ergab, daß viele Abiturienten weder das Ohmsche Gesetz noch das Hebelgesetz definieren konnten. Sogar der Satz des Pythagoras war einigen nicht geläufig.

Das Abitur, das über „die Eignung eines Schülers“ zum Studium nur „wenig und bestimmt nichts Zuverlässiges“ aussagt, wie der Hamburger Erziehungswissenschaftler Professor Wilhelm Flitner im vergangenen Jahr in der „Zeitschrift für Pädagogik“ schrieb, gewinnt für die Studienwilligen nahezu magische Bedeutung. Wo Zulassungsbeschränkungen herrschen, entscheidet meist der Notendurchschnitt des Reifezeugnisses über die Zulassung zum Studium — die Fächer Religion und Sport oft eingeschlossen.

Wie unsinnig dieses Kriterium ist, belegen Testergebnisse des Kieler Medizin-Professors Alkmar von Kügelgen. Von 71 Physikum-Absolventen, die ihre Prüfung mit der Note „Eins“ bestanden, so eruierte der Wissenschaftler an seiner Fakultät, wäre etwas mehr als die Hälfte (37) gar nicht zum Studium zugelassen worden, wenn die Abiturdurchschnittsnote von 3,2

(„2,6 ist heute manchmal schon die Zulassungsgrenze“) Zulassungsbedingung gewesen wäre.

Um vom Abiturzeugnis als dem einzigen Auswahlmaßstab abzuheben, ersannen Rektoren und Kultusminister einen ganzen Katalog miteinander korrespondierender Zulassungskriterien. So werden neben dem Notendurchschnitt des Abiturs spezielle Eignungsprüfungen, Wartefristen (Anciennitätsprinzip) und die besondere soziale Situation des Bewerbers bei der Zulassung berücksichtigt.

Darüber hinaus aber ist es den Universitätsinstituten freigestellt, noch eigene Bewertungsmaßstäbe anzulegen. Als Ergebnis solcher Freizügigkeit ermittelten Mitarbeiter des Berliner Pädagogischen Zentrums bei einer Umfrage zum Numerus clausus an 70



GEW-Vorsitzender Frister  
„Endlich mehr Moneten“

Universitätsinstituten 40 verschiedene Zulassungskriterien.

Der Katalog umfaßt spezielle Eignungsprüfungen für Psychologen an der Universität München („Die Prüfungsgebühr beträgt DM 30,-“) ebenso wie die Frage nach der Beschäftigung „mit Pflanzen oder Tieren“, insbesondere solche Beschäftigung, „die nicht nur sammelnden, sondern auch pflegenden und sorgenden Charakter hat“ (Medizinische Fakultät der Universität Kiel).

Ausgespart blieben bei der Erhebung spezielle Zulassungsmodi, wie sie hin und wieder an den Universitäten üblich sind, wenn Professoren Professoren-Söhne protegieren — wie an der Münchner Universität geschehen, wo der Vorsitzende des Zulassungsausschusses der Medizinischen Fakultät, Professor Helmuth Gastpar, seinem Kollegen, dem Germanistik-Professor Roger Bauer, mitteilte, daß es „selbstverständlich möglich sein“ würde, Bauers Sohn „als Sonderfall zuzulassen“.

Gastpar gab den Rat, der Professor möge sich bei anderen Zulassungsinstanzen stets auf ihn berufen, „damit

dieser Fall nicht in dem Wust von Hunderten von Anträgen untergeht...“ Die Affäre wurde bekannt und der Professoren-Sohn — so die Fachschaftszeitschrift der Münchner Medizinstudenten — „unter Druck nicht zugelassen“.

Um die Willkür der Auswahlmethoden künftig einzuschränken, wollen der Wissenschaftsrat und das Bonner Bildungsministerium Testserien entwickeln, die mehr über die Studieneignung der Bewerber aussagen als der Notenpegel des Abiturs oder ein Anciennitätsprinzip, das ohnehin nur jene bevorzugt, die sich — mit elterlichen Wechsellern ausgestattet — lange Wartefristen bis zum Studienantritt leisten können.

Wenn aber künftig Tests über die Immatrikulation entscheiden, wird das Abitur, so prophezeiten Kölner Studentenfunktionäre, „das vom Schüler

den falschen Anschein einer gerechten Auswahl verschleiert“ wird.

Modellhaft deutet sich am Beispiel der geplanten Testverfahren an, wie sehr die Sofortmaßnahmen, die Bund und Länder zur Beseitigung des Numerus clausus versprechen, noch an der Planlosigkeit des letzten Jahrzehnts orientiert sind. Anstatt vorrangig umfassende Zielprojektionen für die Hochschulen zu entwickeln, begnügen sich die Verantwortlichen zumeist wieder mit neuem Flickwerk.

Das gilt für groß angelegte Bauprogramme in einzelnen Bundesländern ebenso wie für das geplante Universitätsfernsehen, das die Hochschulen entlasten soll. Das gilt mehr noch für den Ratschlag, die Abiturienten an den Universitäten vorbei in die Kurzstudiengänge der Fachhochschulen zu lenken oder ihnen sogleich den Be-

aller Gymnasial-Absolventen an die Universitäten drängen.

Im Schnellbauverfahren wollen Bund und Länder 21 132 neue Studienplätze bereitstellen. Damit können sie gerade Platz für jene Studenten schaffen, die heute schon immatrikuliert sind, ohne daß, nach offizieller Schätzung, ein Studienplatz für sie bereitstünde. Ein weiterer Ausbau der Universitäten bliebe ohne Effekt, wenn nicht zugleich genügend Dozenten ausgebildet werden, die an den neuen Hochschuleinheiten unterrichten. Assistenten und Rektoren fordern darum jährlich 10 000 Graduierten-Stipendien für künftige Hochschullehrer (Kostenpunkt 400 Millionen Mark). Im laufenden Haushaltsjahr aber will der Bund 10 bis 15 Millionen Mark für 1000 Stipendien bereitstellen; die Länder haben dieses Angebot noch nicht akzeptiert.

Was bislang auch immer als Therapie gegen den Numerus clausus angekündigt wird, erweist sich als ein Fehlgangriff der Therapeuten. „Noch immer wird planlos am Patienten herumgedoktert“, urteilt der Münchner Nobelpreisträger Professor Rudolf Mößbauer. Zwar vermag jedes Mittel für sich genommen bestimmte Symptome zu kurieren. Was aber noch immer aussteht, ist eine umfassende Rezeptur gegen den Numerus clausus.

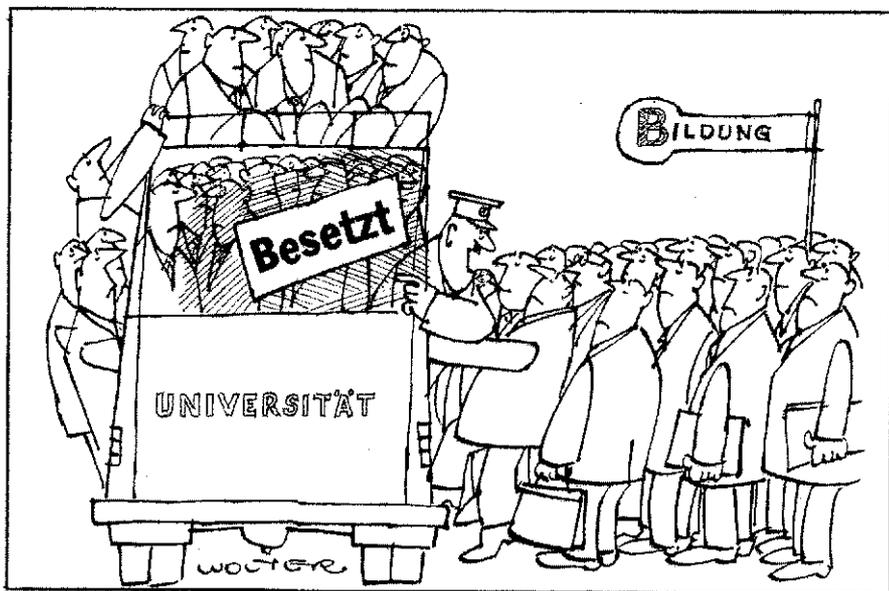
Um sie zu entwickeln, bedürfte es einer vorurteilsfreien Analyse der Hochschulwirklichkeit, die notfalls auch „Monopolstellungen erschüttert, Gewohnheitsrechte verletzt und liebgeordnete Ressentiments“ abbaut — so der Heidelberger Philosophie-Professor Georg Picht, der das Wort von der „Deutschen Bildungskatastrophe“ prägte.

Für die Regierenden wäre eine „mit entscheidbaren Alternativen arbeitende Bildungsplanung“ vonnöten, für die der Münchner Soziologie-Professor Burkart Lutz Zeithorizonte heraufdämmern sieht, „die ein Mehrfaches der Fristen betragen, innerhalb derer heute bildungspolitische Entscheidungen als fällig gelten oder gefällt werden“.

Lutz fordert in dem jüngst erschienenen Sammelband „Bildungsökonomie — eine Zwischenbilanz“ eine „großdimensionierte Forschungsstrategie“ für die Hochschulplanung, die „nach einer Art Netzplan“ systematisch für alle Erkenntnisschritte „Vorergebnisse und Vorleistungen“ aufzeichnet. Erst dann bestünde die Gewähr, daß die Summen für den Ausbau des Hochschulsystems auch effektiv angelegt werden.

Welche finanziellen Belastungen der Gesellschaft aus diesen Planungsaufgaben — und ihrer Realisierung — erwachsen, vermag heute noch niemand exakt zu berechnen. Bildungsminister Leussink vermutet, die finanziellen Konsequenzen würden „ganz schrecklich und furchtbar“ sein.

So schrecklich und furchtbar, daß es den Anschein hat, vorerst bliebe noch alles beim alten. Und das heißt — so Leussink —, daß „alles noch viel schlimmer wird“.



„Mann, haben Sie keine Ahnung, was ein neuer Bus kostet?“

verbunden mit erheblichen materiellen Aufwendungen seiner Eltern unter Belastungen erworben wird“, zu einem „Fleißkärtchen ohne Anrecht auf Weiterbildung“. Zudem schaffen Testverfahren keinen einzigen neuen Studienplatz.

Der Hamburger Pädagogik-Professor Flitner gibt zu bedenken, daß Testverfahren für alle Bereiche der Universität „einen kostspieligen und personell sehr schwer zu versorgenden Organisationsaufwand bedeuten“, der sich erst dann rentiert, „wenn es längst zu spät ist“. Bis die Zulassungstests das Experimentierstadium verlassen haben, könnten — bei ausreichenden Investitionen — die Zulassungsbeschränkungen selbst schon beseitigt sein.

Studenten und Assistenten und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schlagen darum vor, die freien Studienplätze unter allen Bewerbern auszulosen. Der Losentscheid soll verhindern, so der GEW-Vorsitzende Erich Frister, daß die „Ungechtigkeit des Numerus clausus durch

rufsbeginn in Wirtschaft oder Industrie zu empfehlen.

Fast alle Fachhochschulen für Ingenieurwesen oder Betriebswirtschaft haben bereits selber Zulassungsbeschränkungen erlassen. „Sie werden durch den Ausbau der Fachhochschulen mit Numerus clausus keinen Numerus clausus an den Universitäten beseitigen können“, mußte der Generalsekretär der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Dr. Jürgen Fischer, die Mitglieder des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft in einem öffentlichen Hearing belehren.

Auch in der Wirtschaft gibt es wenig Aufstiegschancen für Abiturienten. Wer seine Berufskarriere mit dem Reifezeugnis beginnt, das ergab eine Umfrage des Deutschen Industrieinstituts (DII), wird in Berufsschule und Betrieb meist Handels-, Real- und Hauptschülern gleichgestellt. Es gibt, so das Industrieinstitut, kaum „betriebliche Laufbahnen für Abiturienten“. Auch für die Zukunft existieren „keine konkreten Vorstellungen“ für spezielle Abiturienten-Berufe. Nach wie vor also werden über 90 Prozent